

Weltdiskussion über das päpstliche Dekret füglich eine Auswahl aus denjenigen Stimmen beschließen, die es zum Anlaß einer Gewissenerforschung über unsere eigenen Sünden und Wiedergutmachungspflichtigen nehmen — nichtkatholischen und katholischen.

„Die westlichen Kirchen,“ so schreibt die „Times“, „sind sich in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Kommunismus einig. Ihr Wirken ist jedoch nicht nur negativ. Sie sind die Hüter einer Lehre, die nicht weniger systematisch ist als der Kommunismus, und ihre Lebensideale sind nicht nur den Marxisten ein Vorwurf, sondern auch ein Aufruf für die Völker der westlichen Demokratien. Die sittliche Kritik der Kirchen an politischen Methoden ist unvermeidlich, und die Strenge dieser Kritik hängt von den Mißständen ab, die zur Debatte stehen. Doch werden die Christen dabei schwerlich je die Erkenntnis außer acht lassen können, daß kein politisches System völlig untadelig ist“.

Das ist sehr maßvoll gesagt, wie es der Würde der „Times“ entspricht, aber es ist doch mit aller Entschiedenheit gesagt. Die Wirkung der Entschiedenheit, mit der die „Gegenwart“ den Schlußabschnitt ihrer Betrachtung über das Dekret versieht, wird vielleicht etwas dadurch gemindert, daß sie ihn polemisch an eine bestimmte Adresse richtet.

„Das jetzt erlassene Dekret“, so heißt es dort, „gibt eine Begriffsklärung; es kann deshalb Verwirrungen in der religiösen Sphäre überwinden helfen und wird besonders da, wo der Katholizismus vom Staat bedroht ist, nützen. Wo aber eine solche Bedrohung nicht gegeben ist, muß dem Dekret ein größerer Anspruch unterlegt werden. Sonst verführt es die Selbstgefälligen, die sich etwas darauf zugute tun, ‚nicht so zu sein, wie jene‘. In Deutschland zumal, wo eine große Partei sich den Beinamen ‚christlich‘ verliehen hat, wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob sie das Dekret, das ja fast nur die in unfreiwilliger Armut Lebenden trifft, in ihrer eigenen Arbeit zu nutzen versteht. Ob sie die Mahnung heraushört, das Gebot der Nächstenliebe dadurch zu erfüllen, daß sie die Sorgen um eine soziale Gerechtigkeit als eine kollektive Verpflichtung für die wirtschaftlich Schwachen in die Mitte ihrer Politik rückt“.

Die Stimmen vieler Katholiken stehen diesen Äußerungen an Entschiedenheit mit Fug und Recht nicht nach. Einige französische finden sich an anderer Stelle dieses Heftes (S. 567 und 571 f). Wir zitieren nur noch den Schlußabschnitt des schon öfters erwähnten Artikels der „Orientierung“:

„Wir wollen diese Zeilen nicht beschließen, ohne der Hoffnung Ausdruck verliehen zu haben, daß der Vatikan in einem anderen Punkte sein Vorgehen zur Zeit der faschistischen Bedrohung auch diesmal wiederholen werde. Wie damals der Verurteilung des Kommunismus durch eine Enzyklika eine Verurteilung des Nationalsozialismus durch das Rundschreiben ‚Mit brennender Sorge‘ folgte, so möchte heute dem Dekret über den Kommunismus ein ins Herz treffendes Dekret über die verkehrten Formen des Kapitalismus auf dem Fuß folgen; denn auch hier ist das Gewissen vieler gleich einem stumpfen Messer und das Licht der Wahrheit praktisch verdunkelt, und die Lüge des Kommunismus wird letzten Endes nur dadurch entlarvt werden können, wenn reine Wahrheit heller und klarer den Leib Christi durch- und umflutet, und zwar das Haupt und die Glieder“.

Die Union der „Fortschrittlichen Christen“ und das Kommunismus-Dekret

Während sich in Deutschland verhältnismäßig wenige Personen vor die Gewissensentscheidung gestellt finden werden, die das Kommunismus-Dekret der Heiligen Offizien-Kongregation schafft, bedeutet es in Frankreich für eine ziemlich große und vor allem eine wichtige Gruppe christlicher Intellektueller und christlicher Arbeiter eine sehr ernste Sache. Wir haben früher schon einmal den Grund angegeben, weshalb die französischen Verhältnisse in diesem Punkte so verschieden von den deutschen sind (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 6, S. 279: „Können Christen mit Kommunisten zusammenarbeiten?“). Die kommunistische Partei ist in Frankreich immer noch das einzige Sammelbecken aller antibürgerlichen, antikapitalistischen Kräfte. Während die übrigen Parteien durch ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen den Kommunismus zwangsläufig zu einem Block der sozialen Beharrung (auch wenn sich das Ideal Liberalismus nennt) geworden sind und die erstrebte „Dritte Kraft“ der Mitte sich in dieser gleichen Antipathie gegen den Kommunismus an den Block der Beharrung anzulehnen genötigt fühlte, suchen die um die sozialen Probleme besorgten Christen, wenn es schon nicht möglich scheint, eine wirkliche Machtposition zwischen den Extremen zu halten, lieber die Anlehnung nach links als nach rechts. Auf der Linken, d. h. bei den Kommunisten, sahen sie die die Gesellschaft erneuernden Kräfte, sahen sie die Ansprüche der Armen und Unterdrückten vertreten, sahen sie die Hoffnung eines starken Zukunftsglaubens, und so schien es einer ganzen Anzahl von ihnen richtig, sich im sozialen Kampf an die Seite der kommunistischen Partei zu stellen. Einige wenige gingen so weit, in diese einzutreten, in dem Glauben, sie könnten auf diese Weise am ehesten ihre Anliegen fördern, ohne darum ihren christlichen Glauben verleugnen zu müssen. Die Erinnerung an die Gemeinsamkeit mit den Kommunisten in der Widerstandszeit spielte dabei ihre Rolle und verhüllte ihnen jene hintergründige Abhängigkeit von Moskau, die wir im Osten Deutschlands nur zu gut kennen gelernt haben. Sie haben also einerseits den französischen Kommunismus für etwas anderes als den russischen Kommunismus gehalten und andererseits ihre eigene Kraft, sich dem sozialen Umsturz, den die Kommunisten erstreben, anzuschließen und sich doch zu gleicher Zeit gegenüber ihren atheistisch-materialistischen Ideen immun zu halten, sehr hoch eingeschätzt. Ganz besonders ist die Gruppe der „Union der Fortschrittlichen Christen“ durch diese Haltung und Überzeugung hervorgetreten. Und selbstverständlich ist sie von Anfang an von reaktionären Kräften deswegen angegriffen und auch verleumdet worden. Scharfsichtige Männer der Kirche, wie Kardinal Suhard, haben sie sehr liebevoll und verständnisvoll verwahrt und ihnen die Gefahr ihres Wagnisses sowie die Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, klar vor Augen gehalten.

Die Erklärung des Generalsekretärs der Union

Gleich nach der Veröffentlichung des Dekrets haben deutsche Zeitungen mitgeteilt, daß sich die „Union der Fortschrittlichen Christen“ den Entscheidungen des Dekrets unterworfen habe. So einfach ist aber die Sache nun doch nicht, und zwar allein schon darum, weil außer Katholiken auch eine Anzahl Protestanten der „Union“ angehören,

dann, weil sie keine Partei ist, sondern eine sich politisch betätigende Gruppe, die ihren Mitgliedern die Parteizugehörigkeit freiließ.

In Wahrheit haben die katholischen Mitglieder der Union der Fortschrittlichen Christen sich tatsächlich sogleich den Verfügungen des Dekrets gebeugt. Der Generalsekretär der Union hat dann eine Erklärung abgegeben, in der er sagte:

„Man muß den offiziellen Text und die Interpretation abwarten, die die Bischöfe geben werden. Nach den ersten Kommentaren des *Osservatore Romano* scheint es, daß nicht die Politik der kommunistischen Partei oder ihre Wirtschaftsordnung durch das Dekret getroffen wird, sondern ihre Doktrin, ihre Dialektik und ihre Philosophie. Die Union der Fortschrittlichen Christen bekennt nun aber nicht den historischen Materialismus, und die Positionen der Union der Fortschrittlichen Christen sind völlig unabhängig gewählte Positionen. Unsere Positionen begegnen sich zuweilen mit denen der kommunistischen Partei und mit denen anderer Organisationen“.

„Wir lassen unsern Mitgliedern auf ihre eigene Verantwortung Freiheit hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft. Wir haben uns bisher in diesem Punkt nicht eingemischt. Wir sind weder für noch gegen. Es ist ihre persönliche Sache“.

„Die katholischen Mitglieder der Union der Fortschrittlichen Christen nehmen die Entscheidung des römischen Lehramts an“.

So können also Protestanten, die in der Union sind, auch weiterhin der kommunistischen Partei angehören, und ihre katholischen Gefährten arbeiten weiter Hand in Hand mit ihnen. So wird die Union weiter in vielen Fällen der Meinung sein, sie müsse sich im Interesse ihrer sozialen Ziele an die Seite der Kommunisten stellen. Wie ist es mit dem Recht, das sie zu dieser Haltung angesichts der Entscheidung des kirchlichen Lehramts hat?

Verteidiger der Fortschrittlichen Christen

Einige der bekanntesten und aufgeschlossensten Mitglieder des französischen Episkopats und der französischen Geistlichkeit haben sofort für die Fortschrittlichen Christen und alle ihnen Gleichgesinnten Stellung genommen. *P. Riquet*, der es auf der Tagung der Sozialen Woche Frankreichs in Lille am 21. Juli tat, sagte auch ausdrücklich, warum das nötig sei: weil es sogleich auf der anderen Seite unter den Christen des gegnerischen Blocks solche gab, die triumphierend verkündeten, nun sei es aus mit den „Fortschrittlichen Christen“ und all den Unruhstiftern, solche, die die bestehende kapitalistische Welt erhalten wollten, als sei diese nicht mit den schwersten Sünden belastet (vgl. in diesem Heft S. 572).

Schon am 15. Juli schrieb *Msgr. Ancel*, der Weihbischof von Lyon und Leiter der „Priesterschaft vom Pradó“ (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 8, S. 347 und 2. Jhg., H. 5/6, S. 241) in der Wochenschrift „*Témoignage Chrétien*“ zur Verteidigung der Fortschrittlichen Christen Frankreichs, sie seien keine Kommunisten wie ihre Namensvettern in Italien, sie bildeten auch keine politische Partei oder Gruppe, sondern sie seien Christen, die sich auf Grund gleicher politischer und wirtschaftlicher Einsichten zusammengeschlossen hätten. Sie machten Gebrauch von der Freiheit, die die Kirche ihren Kindern lasse, in weltlichen Dingen eigene Entscheidungen zu

treffen; sie hätten sich aber immer aktiv am Leben der Kirche beteiligt, und sie wollten ihr ganz und gar treu und gehorsam bleiben. *Msgr. Ancel* erinnert dann an die verschiedenen Warnungen, die die Hierarchie früher schon ausgesprochen hat, in denen es sich nicht darum handelte, die christliche Gesinnung und den Glauben der Fortschrittlichen Christen zu verdächtigen, sondern darum, sie zu warnen, sich nicht täuschen zu lassen und sich nicht selber zu täuschen. Sie seien zwei Illusionen verfallen: der der Möglichkeit einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten und der, sich im engen und beständigen Kontakt mit der kommunistischen Doktrin von den Gedankengängen des Marxismus frei zu halten. Die Fortschrittlichen Christen vergessen vielleicht zu sehr die Soziallehre der Kirche, in der sie den Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus bei der Lösung der sie bedrängenden Fragen finden könnten.

Auch *François Mauriac* hat sofort nach der Bekanntgabe des Dekrets im „*Figaro*“ (15. Juli 1949) betont, daß gerade der Ernst ihres christlichen Glaubens eine Anzahl Gläubiger in Frankreich auf die Gegenseite des Kapitalismus und damit an die Seite der Kommunisten getrieben habe. „Gewisse tief gläubige Seelen finden sich eben in dem Maße, wie sie gläubig sind und die Botschaft des Evangeliums wörtlich nehmen, nicht mit der bestehenden Ungerechtigkeit, mit jener ungerechten Ordnung ab, in die einzugreifen die ewige Kirche nicht umhin kann. Ihr Irrtum oder ihr Fehler liegt darin, daß sie aus Abscheu gegen den Kapitalismus jene andere, für das Menschengeschlecht und die Ankunft des Reiches Gottes nicht minder gefährliche Ungerechtigkeit unterschätzen, die in einem großen totalitären Polizeistaat verkörpert ist, wo der Materialismus als Staatsdoktrin Gesetzeskraft hat“. Hat *P. Riquet* in seiner Rede auf der Tagung der Sozialen Woche in Lille vor allem die Stellung der „sozialen Christen“ überhaupt klargelegt, jener also, die die Schöpfer, Förderer und Teilnehmer der so wichtigen Einrichtung der „Sozialen Wochen Frankreichs“ sind, jedoch mit Argumenten, die genau so auch auf die „Fortschrittlichen Christen“ passen, so hat der Generalvikar von Paris, *Msgr. Beaussart*, der seit dem Tode Kardinal Suhards das Erzbistum Paris verwaltete, in der Pariser Kirchenzeitung am 23. Juli ganz im Sinne Suhards folgende „Anmerkung“ an die Veröffentlichung des Kommunismus-Dekrets angeschlossen:

„Manche werden vielleicht durch die Furcht verwirrt sein, dieses Dekret begünstige eine politische oder soziale Richtung, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegenlaufe. Einige haben das schon ausgesprochen, und wir wollen glauben, daß die Erregung des ersten Augenblicks sie gehindert hat, den wahren Gehalt eines so klaren Textes zu verstehen. Was es verurteilt, ist die materialistische und antichristliche Lehre der Kommunisten — das ist ausdrücklich gesagt —, nicht aber die sozialen Reformen, die mit dieser Lehre verbunden sein können, wie es die Päpste in ihren verschiedenen Enzykliken und Ansprachen immer wieder gezeigt haben. Die Pflicht der Katholiken, an der Durchführung dieser notwendigen Reformen zu arbeiten, ist dringender denn je. Seit hundert Jahren haben die obersten Hirten ihre Unterweisungen und ihre Verurteilung aller materialistischen und antichristlichen Lehren wieder und wieder kundgegeben. Das Vatikan Konzil verdammt sie feierlich. Der Heilige Vater hat es für notwendig erachtet, die bereits ausgesprochenen Verurteilungen und Kritiken zu erneuern und zu präzisieren in

Anbetracht der Gefahr, die der Kommunismus durch seine erbitterte antireligiöse Propaganda und die durch diese hervorgerufenen Verfolgungen zumal in gewissen Ländern für das Christentum darstellt. Aber er hat — das muß aufs entschiedenste betont werden — die materialistischen und antichristlichen Lehren in ihrer „kapitalistischen“ Form darum nicht freigesprochen. Er würde sie gegebenenfalls mit der gleichen Unerbittlichkeit verurteilen“.

Man hat von Ungarn aus versucht, die französischen (und italienischen) „Fortschrittlichen Christen“ jener Gruppe zu assimilieren, die sich dort „Fortschrittliche Christen“ nennt und in der Tat eine kommunistische Tarnung ist — die ungarische Zeitung „Magyar Nemzet“ hat die Leiter der französischen Gruppe zitiert, als gehörten sie zu den Ihren, und hat sie zugleich mit dem von der Kirche mit dem Interdikt belegten Abbé Boulier zusammengeworfen, was die bewußte Verdrehung der Tatsachen eigentlich schon hinreichend beweist. Dennoch haben gewisse Kreise in Frankreich selbst versucht, diesen Vorgang zum Schaden der Fortschrittlichen Christen auszunutzen. Die vielfältigen Stimmen führender geistlicher Männer Frankreichs zugunsten all jener Christen, die man die „linksgerichteten“ nennt, beweist aber ebenso wie die sofortige Beugung der katholischen Mitglieder der „Union der Fortschrittlichen Christen“ unter das Dekret, daß ihnen dadurch unrecht geschehen ist und daß ihr Anliegen, mögen sie sich auch irren oder zu weit vorwagen, eines der echten der Christenheit und der katholischen Kirche ist.

Wirtschaftliche Wirklichkeiten und soziale Neuordnung

Die 36. Soziale Woche von Frankreich

Es ist die Aufgabe der Sozialen Wochen von Frankreich, die jeweils dringendsten sozialen Probleme unserer Zeit zu studieren und vom Boden der christlichen Wahrheiten aus zu ihrer Lösung beizutragen. Wenn es sich in der sozialen Frage darum handelt, die Gesellschaftsordnung so zu gestalten, daß allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird — und in der Gegenwart bedeutet das vor allem die Überwindung des Proletariats —, so ist es klar, daß das Problem der Wirtschaftsordnung aufs engste mit dem der Sozialordnung verknüpft ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen eine Wirklichkeit dar, mit der jede soziale Neuordnung rechnen muß. Pläne und Ideologien, die sie nicht in Betracht ziehen, müssen utopisch bleiben. Gerade in den letzten Jahren ist diese Verflechtung immer deutlicher geworden, da sie sich in gewissen weltanschaulichen Verknüpfungen manifestiert: in der Verbindung von Staatstotalitarismus und Planwirtschaft einerseits und Demokratie und freier Wirtschaft andererseits, Verknüpfungen, die jedoch der Wirklichkeit offensichtlich nicht gerecht werden. Man beginnt zu spüren, daß man den wirtschaftlichen Realitäten bei der Lösung sozialer Fragen und der Neugestaltung unserer Welt eine viel größere Aufmerksamkeit schenken muß als bisher. Daher hat denn auch die 36. Soziale Woche Frankreichs, die vom 18. bis 25. Juli dieses Jahres in Lille stattgefunden hat, zum Gegenstand ihrer Untersuchungen die Frage „Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt“ gewählt.

Wie alljährlich, so hat auch diesmal der Heilige Vater durch seinen Unterstaatssekretär, Msgr. Montini, zur Eröffnung der Sozialen Woche einen Brief an ihren Leiter geschickt. In diesen Briefen zur Eröffnung der Tagung legt der Heilige Vater jeweils dar, worin die Bedeutung der angekündigten Studien für die Kirche liegt. In dem diesjährigen Schreiben heißt es:

„Das Programm Ihrer demnächst beginnenden Studien erscheint im übrigen durchaus neu. Gewiß haben sich die Sozialen Wochen niemals gleichgültig gegenüber der wirtschaftlichen und selbst der materiellen Seite der Arbeit, der Produktion, der Verteilung der durch sie geschaffenen Reichtümer verhalten. Aber ihrer Bestimmung nach (das besagt schon ihr Name) richteten sich ihre Beobachtungen und ihre Gedanken in erster Linie auf die eigentlich soziale und menschliche Seite der Frage. Heute beweist schon die Formulierung des Themas Ihrer Tagung in Lille: Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt, daß Sie im Gegenteil beabsichtigen, den Akzent auf das erste Glied dieser Formel zu setzen. Und gewiß nicht unbegründeterweise, wenn man die außerordentliche Bedeutung, die die Technik zumal unter dem Druck der beiden letzten Kriege gewonnen hat, und die Notwendigkeit einer Richtigstellung und einer besseren Definition des Wirtschaftlichen und Sozialen bedenkt. Lille mit seinen vielfachen hochherzigen Initiativen in der Welt der Industrie wird Ihnen in dieser Hinsicht ein hervorragendes Feld der Erfahrungen bieten. Es ist also nicht gleichgültig, daß die Stimme der Kirche sich durch das Organ von Professoren, Wirtschaftlern und Technikern, die vom Geist des Evangeliums durchdrungen sind, unter der Führung eines hervorragenden Hirten, dessen ungewöhnliche Verdienste zumal auf dem Gebiet der christlichen Soziologie bekannt sind, hören läßt.

Kostbare und entscheidende Beiträge zu einer Lösung bieten Ihnen die Lehräußerungen der Päpste, die diese aktuellen und dringenden Probleme zweifellos in überlegener Weise beleuchten werden. Hat nicht insbesondere Seine Heiligkeit in dem Brief, den sie am 18. Juli 1947 an Sie richtete, die Fragen der Produktion und Verteilung der Güter mit lichtvoller Autorität behandelt, ganz zu schweigen von den Klarstellungen des Jahres 1946 über die Nationalisierungen und die neuesten Erklärungen vor den Unternehmern, wo der Heilige Vater die respektiven Funktionen des öffentlichen und des Privatrechts in der Regelung der Arbeit gegeneinander abgrenzte, wodurch allein sich ein wirtschaftliches Gleichgewicht herstellen läßt, das seinerseits wieder der Träger des sozialen Gleichgewichts ist.

Im übrigen können keine unaufhebbaren Widersprüche zwischen einem in gesunder Weise auf Tatsachen, Statistiken und Wirtschaftsgesetzen beruhenden Realismus und einer Sozialordnung bestehen, die mit Recht mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit ersehnt. Diese beiden Seiten ein und desselben Problems sind komplementär, und man könnte auf sie das Wort des Evangeliums anwenden: man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Man hat zuweilen den sozialen Katholiken vorgeworfen, ein Ideal zu erstreben, das zu hoch sei, um erreicht zu werden. Die Soziale Woche von Lille wird beweisen, daß sie nur von den wirklichen und positiven Gegebenheiten ausgehen, auf denen die Kirche ihre Soziallehre aufbaut, die ein ebenso praktisches wie harmonisches Ganzes darstellt.